



ARBEITER*INNEN STANDPUNKT

FÜR REVOLUTION, RÄTEDEMOKRATIE UND SOZIALISMUS

Zeitung der österreichischen Sektion der Liga für die Fünfte Internationale | Nr. 294 | Dez. 2022 | Preis: Spende



Date20221127, CC0, via Wikimedia

PROTESTE IN CHINA

RESA LUDIVIEN

Gruppe Arbeiter:innemacht

In weiten Teilen Chinas herrscht mal wieder ein strenger Lockdown. Ein Brand in einem Haus in Xinjiang hat das Fass zum Überlaufen gebracht. In der Viermillionenstadt Urumtschi mussten Anwohner*innen dabei zusehen, wie es in einem Mehrfamilienhaus brannte.

Grund dafür war, dass wegen der im Zuge der Coronamaßnahmen errichteten Straßensperrungen für die Feuerwehr kein Durchkommen war. Auch an dem Haus angekommen, war eine reguläre Intervention „schwierig“. Bedenkt man, dass in vielen chinesischen Großstädten in jedem Viertel so viele Menschen wie in ganzen eu-

ropäischen Großstädte leben, ist es kein Wunder, dass diese Bilder auch jene in Angst und Panik versetzt haben, die sich sonst wenig mit dem abgelegenen Westen des Landes beschäftigen.

Noch wahnwitziger ist, dass die Ausgangssperre die Menschen am Verlassen des brennenden Hauses gehindert hat. Resultat: 10 Tote, die wahrscheinlich noch leben würden, wenn die Staatsdoktrin nicht so unflexibel wäre.

Doch der tragische Tod dieser Menschen führte auch dazu, dass sich die lange angesammelte Wut und Verzweiflung der Menschen Bahn brachen.

Seit dem 27. November gibt es landesweit Proteste. Sogar Rufe

nach Xis Rücktritt sind zu vernehmen. So weit haben es die Forderungen in den letzten Jahrzehnten selten getrieben. Der Staat reagierte mit einer gestiegenen Polizeipräsenz und der undurchsichtigen Aussage: „Wir passen die Strategie an“. Nur wie und ob, steht im luftleeren Raum. ▶

Inhalt:

China	S.1
Unibesetzung	S.4
Trotzkismus	S.5
COP27	S.7

Bereits im Frühjahr hatten die Maßnahmen zu Protesten geführt doch die Proteste der letzten Woche stellen wohl die größten öffentlichen politischen Proteste seit Jahrzehnten dar.

Auch wenn sie massiv unterdrückt und infolgedessen auch kleiner wurden, so verweisen sie auf die tiefe soziale und politische Unzufriedenheit mit dem kapitalistischen China unter KP-Diktat. In Urumtschi (Xinjiang), Changsha (Hunan), Chengdu (Tschengdu; Sichuan), Zhengzhou (Tschengtschau Schi; Henan), Wuhan (Hubei; Zentralchina), Guangzhou (Kanton; Guangdong; Südchina), Shanghai (Schanghai; Ostchina), Beijing (Peking; Nordchina) sowie weiteren Städten gingen und gehen die Menschen auf die Straße.

Ausgangspunkt: Xinjiang

Urumtschi, der Ausgangspunkt der Proteste, ist die Hauptstadt der autonomen Region Xinjiang. Gerade durch Großereignisse wie die Olympischen Spiele wurde die Unterdrückung regelmäßig noch einmal verstärkt, um „Störungen“ zu vermeiden.

Das trifft vor allem die autonomen Regionen. So ist es in diesen Zeiten noch viel schwieriger, nach Xinjiang oder Tibet zu reisen, als ohnehin schon. Auch wenn die Coronamaßnahmen das ganze Land treffen, ist es in Krisenzeiten zusätzlich einfacher, bereits unterdrückte nationale Minderheiten mit noch mehr Repressalien zu schikanieren.

Laut Staatsdoktrin gibt es 55 anerkannte ethnische Minderheiten in China. Doch spielen sie in der öffentlichen Darstellung nur in zwei Fällen eine Rolle: Wenn sie „stören“ und man sie kommerziell vermarkten kann. An einem Tag werden dann Tourist*innen durch singende

und tanzende Menschen in Tracht geführt und am nächsten sind alle von der Han-Mehrheit abweichenden Traditionen, Sprachen und Kultur der Führung ein Dorn im Auge. Dass aus dieser von Repressalien gequälten Region eine Bewegung ausgehen könnte, hätte wohl niemand gedacht.

Zu abgeschottet, zu überwacht und zu weit weg von dem Gedächtnis der Han-chinesischen Mehrheit, die sonst nur wenig zur chinesischen Umerziehungspolitik verlauten lässt. Doch nun könnte Xinjiang insofern ein Zünglein an der Waage sein, als vor allem die dort lebende muslimische Minderheit nichts mehr zu verlieren hat. Was könnte schlimmer sein als Verfolgung, Personen, die verschwinden und in „Umerziehungslager“ gesteckt werden?

Bisher nehmen die unwillkürlichen Festnahmen im Land weiter zu. Dies trifft nicht nur die „üblichen Verdächtigen“ an Aktivist*innen oder Menschen, die sich ohne gültigen Aufenthaltsstatus (Hukuo) in Großstädten aufhalten. Sogar westliche Journalist*innen sind betroffen, wie ein Video zeigt, auf dem ein BBC-Vertreter festgenommen wird. Das Einzige, was er den Umherstehenden noch zurufen kann, war: „Informiert das Konsulat!“ Eine Exit-Strategie, die Chines*innen nicht haben. Kein Wunder also, dass gerade in dieser Zeit mehr und mehr sich nach einem politischen Umschwung sehnen.

Der Ruf nach Demokratie

Der Ruf nach Demokratie und Menschenrechten stellt nicht zufällig eine immer wiederkehrende Forderung von Protestbewegungen in China dar. Die Herrschaft der KP und die scheinbare Allmacht des obersten Führers, Xi Jinping, bedeuten auch, dass sich der Kampf um obige Forderungen direkt ge-

gen diese Herrschaft richtet – und damit auch enorme Sprengkraft besitzt. Die Möglichkeiten chinesischer Bürger*innen und insbesondere von nationalen und ethnischen Minderheiten, aber auch der Arbeiter*innenklasse außerhalb der Großstädte, sind so begrenzt, dass unter der Oberfläche ein Vulkan brodelt. Es ist zugleich auch ein tiefer sozialer Widerspruch, denn schließlich profitierten der chinesische Kapitalismus, aber auch europäische und US-amerikanische Unternehmen von der Ausbeutung entrechteter Arbeitskraft.

Bewegungsfreiheit, ja selbst die Freiheit, sein Haus zu verlassen, gibt es in der chinesischen Variante des Lockdowns nicht. Die Straßen werden durch Polizei und Militär kontrolliert. Quarantäne bedeutet, in seinem Haus eingesperrt zu sein. Ganz zu schweigen von der dauerhaft fehlenden Versammlungs- und Pressefreiheit sowie Wahlen, bei denen nicht nur klar ist, dass sich nichts ändert, sondern auch welche immer gleichen Männer die Macht in ihren Händen halten werden.

Da wird schon ein weißes Blatt zum Politikum. Eben solch ein Blatt ist nun ein Zeichen des Protests, weswegen einige von der „white paper revolution“ sprechen. Es soll darauf aufmerksam machen, was alles nicht gesagt werden darf. Ob es tatsächlich eine Revolution wird, bleibt abzuwarten.

Aber die von den Aktionen in Hongkong inspirierte kreative Protestform verdeutlicht, dass die Aktiven in verschiedenen Regionen voneinander lernen und verweisen auf entstehende, wenn auch noch schwache Verbindungen zwischen den Städten. Während der Proteste bleibt es nicht bei den unbeschriebenen Blättern. Wenn die Demonstrierenden diese in die Luft halten, skandieren sie: „Wir brauchen kei-

ne Diktatur, wir wollen Wahlen“.

Repression

Die Polizei reagiert mit Gewaltausbrüchen und Festnahmen. Insgesamt ist die Gewaltbereitschaft gestiegen, auch bei der Nichteinhaltung von Coronamaßnahmen. So gab es in Hongkong Angriffe der Polizei bei Maskenverweigerung. Allerdings sollte man nicht aus westlicher Arroganz heraus die chinesischen Proteste mit den reaktionären in Deutschland oder Österreich vermischen. Und auch das Nichttragen einer Maske in Zeiten einer Pandemie macht eine/n noch nicht zum/r Held*in.

Die Auswirkungen der Maßnahmen hierzulande sind auch nicht zu vergleichen mit denen in China. Denn trotz der immer mehr verarmenden Arbeiter*innenklasse in Europa gibt es zumindest in Ländern wie Deutschland formal einen Sozialstaat mit „Hilfsgeldern“ und Gewerkschaften als Interessenvertretung, die, auch wenn sie schlechte Abschlüsse in Tarifverhandlungen erzielen, zumindest einige Zugeständnisse erreichen können. Eben genau das, was es in China nicht gibt. Die soziale Lage ist untrennbar mit der wirtschaftlichen verbunden.

Hier nur ein paar Beispiele:

Es wird auch in weiten Teilen Chinas langsam Winter. Wer kein Geld besitzt oder viel weniger als der Durchschnitt verdient, weil er oder sie nicht zur Arbeit kann, sondern zuhause eingesperrt ist, bekommt schlimmstenfalls gar nichts. Besonders diejenigen, die im großen Schattensektor der Großstädte ohne Arbeitserlaubnis arbeiten, betrifft dies. Kein Geld, kein Essen, keine Heizung.

Covid als Gefahr für die Wirtschaft Chinas Nutzen aus der Pandemie ist nicht mehr so stark wie zu Be-

ginn, als sich seine Politik als die überlegene zeigte. Mittlerweile ist die westliche Welt durchgeimpft, zumindest alle, die es wollten, und immer mehr halbkoloniale Länder erhalten Zugang. China hingegen setzt auf Sinovac und Sino-pharm, deren Wirksamkeit bei um die 50 % der modernen Impfstoffe liegt. 69 % der älteren Bevölkerung erhielten bisher eine vollständige Impfung. Die Infektionszahlen steigen dennoch oder gerade deswegen und die Regierung versucht, sie in den Griff zu bekommen. Vergebens. Eine großangelegte Impfkampagne oder die Zulassung der M-RNA-Impfstoffe sind nicht in Sicht.

Die ständigen Lockdowns zeitigen mittlerweile Auswirkungen auf die Wirtschaft. Die Produktivität sinkt, die jährliche Wachstumsrate auch. Letztere wird 2022 nur noch ungefähr 3,9 % betragen. Schon jetzt zeigt sich, dass Chinas Aufschwung und somit auch seiner Durchsetzungskraft im imperialistischen Konkurrenzkampf die Lockdowns im Weg stehen. Bereits jetzt machen sich aber auch die Proteste an den Börsen bemerkbar.

Ein weiteres Problem für Staatsführer Xi. Über kurz oder lang wird die Führung von der Null-Covid-Strategie in einem Land abrücken müssen. Denn es sind derzeit vor allem Investor*innen, die fernbleiben. Aber irgendwann setzt China auch die eigene Versorgung aufs Spiel. Wenn weite Teile regelmäßig nicht arbeiten können, hat das auch Konsequenzen für die Nahrungsmittel- oder Energieversorgung. Inwiefern in diesem Fall auch einfache Mitglieder des Militärs genug vom Eingesperrtsein, Trennung von der Familie und wirtschaftlicher Schwäche des Landes haben oder gar selbst die Gefahr von Versorgungsengpässen sehen und nicht mehr bedingungslos hinter der

Führung stehen, bleibt abzuwarten. Schaden würde es nicht.

Arbeiter*innenrevolte

Besondere, längerfristige Bedeutung spielt die Rolle der Lohnabhängigen in der aktuellen Protestwelle. In Zhengzhou wurden Arbeiter*innen von Foxconn sogar an ihrem Arbeitsplatz zu Tausenden in Quarantäne gepfercht, nachdem es ein paar positive Tests gab. Einziger Vorteil daran, mit den positiv getesteten Kolleg*innen eingesperrt zu sein: Zum Organisieren weiterer Aktionen sind schon mal alle an Ort und Stelle. Auch hier kam es zu Protesten. Bisher scheinen sich aber noch keine Führungspersonen über lokale Aktionen hinaus herauskristallisiert zu haben.

Die Proteste sprießen mehr wie Pilze aus dem Boden, als sie koordiniert sind. Sie umfassen Jugendliche, Arbeiter*innen, aber auch die sog. „Mittelschicht“, die es vor allem in den Großstädten gibt. Oft spielen Studierende eine zentrale Rolle. Das spricht dafür, dass trotz der starken Überwachung der sozialen Medien nicht alles eingedämmt werden kann, birgt aber auch die Gefahr, dass diese Schwäche ausgenutzt wird. Eine Bewegung entsteht zwar dynamisch und „spontan“, eine richtungsweisende, fortschrittliche Führung und somit eine Strategie und Programmatik aber nicht.

Dieser besondere Moment muss genutzt werden. Wenn die Proteste so weiter gehen wie bisher, ist es wahrscheinlich, dass sie trotz ihres Elans und ihres Heroismus unterdrückt werden von einem zentralisierten Staatsapparat. Aber schon die Tatsache, dass die Regierung Versprechen zu Veränderungen ihrer Politik abgeben muss, verdeutlicht, dass sie diese Bewegung nicht bloß zerschlagen kann, weil ihr sehr bewusst ist, dass Tausende

Demonstrierende nur die Spitze eines viel größeren Eisbergs an Opposition zum herrschenden Regime darstellen.

Zugeständnisse durch die Regierung, eine Modifikation ihrer Coronapolitik wären schon ein Teilerfolg, der zeigt, dass auch in China Widerstand nicht zwecklos ist. Schafft es der scheinbar allmächtige Xi in dieser Krise nicht, das Land wieder zu befrieden und die Wirtschaft anzukurbeln, könnte sich auch seine eigene Partei gegen ihn wenden. Aber die Menschen brauchen mehr als eine etwaige Reform von oben oder den Austausch von Führer*innen.

Wie auch immer die Bewegung weiter verlaufen wird, so wird sie einen prägenden Einfluss auf viele Aktivist*innen ausüben, weil sie grundlegende Fragen von Strategie und Taktik, Programm und Organisation unter den Bedingungen

des chinesischen Kapitalismus aufwirft. Dabei gilt es, den Kampf um demokratische Rechte mit dem der Lohnabhängigen zu verbinden, die Frage nach Meinungs- und Organisationsfreiheit mit der zu verbinden, welche Klasse das zukünftige China lenken soll.

Dabei wird die Verbindung der fortschrittlichen Teile der Studierenden mit der Arbeiter*innenklasse von entscheidender Bedeutung sein, denn letztlich kann nur sie die notwendigen Veränderungen erzwingen und durchsetzen. Dafür braucht es koordinierte Aktionen, Streikkomitees in Betrieben sowie in Stadtteilen und eine landesweite Vernetzung. Die aktuellen Proteste zeigen, dass wahrscheinlich demokratische Forderungen am Beginn der nächsten Welle von Aktionen stehen und größere politische Bewegungen rasch mit der Frage des Regimes konfrontiert werden. Außerdem dürfen all die mutigen

Demonstrierenden im Osten des Landes, die mehr in der medialen Berichterstattung erscheinen, die Minderheiten im Westen sowie die Landarbeiter*innen nicht vergessen lassen. Die gezielte Spaltungspolitik der letzten Jahre muss überwunden werden. Dazu zählen die Abschaffung der Lager für Muslim*innen sowie des Hukuos, der Klassenzugehörigkeit qua Geburt aufrechterhält und zusätzlich die Arbeiter*innen auch geografisch spaltet.

Es braucht also einen gezielten Aufbau und eine Vernetzung der Kampfstrukturen auch über die großen Städte hinaus auf dem Land. Da rein legale Arbeit in China so gut wie unmöglich ist, muss ihr Aufbau, vor allem aber der einer revolutionären Partei auch mit illegaler Untergrundtätigkeit verknüpft werden. ★

ENDLICH WIEDER UNIBESETZUNG!

FLO KOVÁCS

Was einige bei der Novellierung des Universitätsgesetzes vor zwei Jahren erwartet haben, ist jetzt passiert.

Zum ersten Mal seit 2009 wurde in Wien ein Hörsaal besetzt. Inzwischen sind zum Hörsaal C1 am Campus der Uni Wien je einer auf der BOKU, der GEIWI in Innsbruck und im Unipark Salzburg dazugekommen.

Im Gegensatz zu den vergangenen Studierendenprotesten liegt der Schwerpunkt der aktuellen Bewe-

gung jedoch nicht auf den Studienbedingungen. Stattdessen folgen sie einem global angelegten Aufruf aus der Klimabewegung.

Erde brennt

Unter dem Namen „End Fossil – Occupy“ erfolgte im März ein Aufruf an Studierende und Schüler*innen auf der ganzen Welt, ihre Schulen und Unis im Herbst zu besetzen. Diesem folgte die lose zusammengesetzte Gruppe, die in Österreich als „Erde Brennt“ nun in vier Hörsälen sitzt. Die weltweit gleiche Hauptforderung ist das Ende der fossilen Industrie. Da die

lokalen Besetzungen aber eigene Forderungen formulieren sollen, geht die Gruppe noch auf weitere Themen ein. Sie sieht die multiplen Krisen als Teil des Systems, das sie radikal ändern will, auch wenn das Wort „kapitalistisch“ in der Kommunikation der Wiener Besetzung vermieden wird.

Positionen

Neben dem Ende fossiler Energiegewinnung fordern die Besetzenden in Wien eine Verkehrswende inklusive gratis Öffis, das Ende von Bodenversiegelung und die Umsetzung der Forderungen des

Klimarats. Den Bereich „Soziales“ decken ein Ruf nach Übergewinn- und Vermögenssteuer, kollektivierte Energieunternehmen, das Ende von Wohnspekulation, ein Lieferkettengesetz und das Bleiberecht für alle ab. Die Bildungskrise soll gelöst werden durch eine gesicherte Hochschulfinanzierung, Studierendenorganisation abseits der ÖH, „Systemkritik“ in jeder Lehrveranstaltung und ein freier Hochschulzugang. Die Forderungen in Salzburg und Innsbruck gehen nicht nennenswert weiter, sind aber stärker und konkreter ausformuliert als der noch vorläufige Entwurf der Gruppe in Wien. Diese ruft auch alle Interessierten auf, sich daran vor Ort zu beteiligen, um den fertigen Katalog dann zu veröffentlichen. Die Formulierung von Forderungen wird durch zwei Mechanismen erschwert:

Die Prozesse stehen allen offen, die vorbeikommen wollen, es gibt keine gewählten Vertreter*innen. Und Entscheidungen müssen im Konsens, also ohne Gegenstimme getroffen werden. Ein einzelnes Veto

kann also Beschlüsse weit hinaus zögern oder blockieren.

Es kann also nicht sicher davon ausgegangen werden, dass die Forderungen am Ende der Besetzung feststehen werden.

Kritik

Insgesamt stellen die Forderungen trotz dem Eigenanspruch der Systemkritik den bürgerlichen Staat und das Wirtschaftssystem nicht direkt in Frage. Handeln soll der Staat selbst und damit das System, für das er steht. Das unterscheidet sich im Großen und Ganzen nicht sonderlich von der Vorgehensweise von Extinction Rebellion (XR). Diese Gruppe wird oft als der radikale Flügel der Klimabewegung bezeichnet, während sie in ihren Ideen nicht über den bürgerlichen Staat hinausdenkt. Die Besetzung zur Verhinderung der sogenannten Stadtstraße in Hirschstetten hatte ein klares Ziel in der Verhinderung des Baus. Demgegenüber steht jetzt das Ziel, einfach Aufmerksamkeit zu generieren. Es soll Druck auf die

Herrschenden aufgebaut werden, gegen ihre eigenen Interessen zu handeln. Bildungsthemen, die man von Unibesetzungen erwarten würde, werden in Diskussionen ernst genommen, spielen aber nur die zweite Geige. Menschen, die an der Uni arbeiten, finden mit Ausnahme einiger gleichgesinnter Lektor*innen keine Einbindung. Auch die Sicherheitsleute, die weiterhin entspannt im Hörsaalzentrum arbeiten, werden maximal in einzelne Gespräche verwickelt und nicht aktiv eingebunden. Trotz all der Kritikpunkte wollen wir festhalten, dass wir der Besetzung natürlich positiv gegenüberstehen. Sie schafft einen offenen Diskussionsraum sowie einen selbstorganisierten, konsumfreien und warmen Innenraum, der im Winter zunehmend gebraucht wird. Wir rufen also dazu auf, sich solidarisch zu beteiligen und an der Erarbeitung des Forderungskatalogs mitzuarbeiten, soweit die Strukturen dies ermöglichen. ★

TROTZKISTISCHES ARCHIV ÖSTERREICHS ONLINE

MANFRED SCHARINGER

Seit Mitte November 2022 ist eine neue Homepage zugänglich: das Trotzkistische Archiv Österreichs. Es ist das Produkt jahrelanger Arbeit und umfasst bereits an die zehntausend Seiten mit Texten linksoppositioneller Organisationen Österreichs aus den Jahren 1933 bis 1976.

Alle Organisationen, von denen hier Publikationen und (interne) Materialien dokumentiert werden, arbeiteten konspirativ, waren also illegal tätig. Das bedeutet auch, dass ein großer Teil der Texte archivalisch nirgends erfasst ist und auf dieser Homepage überhaupt zum ersten Mal zugänglich gemacht wird. In jahrelanger Tätigkeit ist es Manfred Scharinger gelungen, ein

umfangreiches (aber immer noch alles andere als vollständiges) Archiv des österreichischen Trotzkismus aufzubauen.

Zusätzlich werden auf dieser Homepage auch eine Reihe weiterer Texte, die sich auf die Geschichte der österreichischen linksoppositionellen Bewegung beziehen, sowie 27 der zwischen 1985 und 2021 erschienenen 28 Nummern der

Kleinen Schriftenreihe zur österreichischen Arbeiter*innengeschichte, die zuletzt von der Gruppe Arbeiter*innenstandpunkt herausgegeben wurde, digital zugänglich gemacht.

Das Trotzkistische Archiv Österreichs gliedert sich in drei große Bereiche: Die Kleinen Schriftenreihe zur österreichischen Arbeiter*innengeschichte, diverse Texte (darunter auch die zweibändige Ausgabe Österreichischer Trotzkismus) und das eigentliche Archiv. Darin finden sich in zwei große Sektionen: vor 1945 und ab 1945.

Im Archiv der Jahre 1918-1945 können derzeit die Texte von fünf Organisationen dokumentiert werden: zuerst einmal die der personell und politisch dominierenden Gruppierung, des Kampfbundes zur Befreiung der Arbeiterklasse (1934-1941) mit seiner Zeitschrift Arbeitermacht und einer großen Zahl weiterer Texte und (interner) Materialien. Aus dem Kampfbund gingen die Organisation Proletarischer Revolutionäre (1939-1943) mit ihrer Zeitschrift Iskra und die Linksfraktion des Kampfbundes, die spätere Gruppe ‚Gegen den Strom‘ - 1939-1943 hervor, während die dritte oppositionelle Gruppe, die Proletarischen Internationalisten, derzeit noch nicht ins Archiv aufgenommen werden konnte.

Weder der Kampfbund noch diese anderen Organisationen waren anerkannte Teile der (werdenden) IV. Internationale. Die offizielle österreichische Sektion der Internationalen Linksopposition waren die Bolschewiki-Leninisten Österreichs (1933-1936), später die Revolutionären Kommunisten Österreichs (1936-1938), die in diesem Teil des Archivs ebenfalls mit Publikationen und anderen Texten vertreten sind. Im zweiten Teil, im Archiv ab 1945, sind zwei Strömungen dokumentiert. Zuerst einmal die „offizi-

elle“ Sektion der IV. Internationale mit allen ihren Facetten: der Karl-Liebknecht-Bund (Internationale Kommunisten) (1945-1946) und deren Nachfolgeorganisation, die Internationalen Kommunisten Österreichs (1946-1955), dazu die Internationalen Kommunisten Österreichs (Opposition) (1949-1955). Die zweite Strömung ist der 1945 wieder reorganisierte Kampfbund zur Befreiung der Arbeiterklasse mit seiner „Vorfeldorganisation“, der Proletarischen Vereinigung Österreichs, und dem aus dem Kampfbund hervorgegangenen Arbeiterstandpunkt (1972-1976).

Der Kampfbund, der zwischen 1945 und 1973 ein reges, aber auch nach 1955 immer noch streng illegales Organisationsleben aufwies, war bisher außer einigen Nummern der Zeitschrift Arbeiterblatt archivalisch praktisch überhaupt nicht erfasst. Besonders stolz sind wir, dass wir in der Rubrik Kampfbund auch viele nach 1945 erschienene Texte von Josef Frey aufnehmen konnten, darunter auch seinen mehr als 1.000 Seiten starken Schulungskurs Die internationale proletarische Demokratie und den Schriftverkehr zwischen Josef Frey und den österreichischen Kampfbund-Mitgliedern. Insgesamt liegen jetzt in unserem Archiv ab 1945 mehr als 2.400 Seiten von KLB / IKÖ / IKÖ-Opposition vor, vom Kampfbund sogar fast 5.600 Seiten. Natürlich ist das Trotzkistische Archiv Österreichs alles andere als vollständig. Aber es ist ein großer Schritt zur Dokumentation der Geschichte der trotzkistischen Bewegung Österreichs. Klarerweise wollen wir auch in Zukunft das Archiv weiter ausbauen und vervollständigen – wir, das sind die Gruppe Arbeiter*innenstandpunkt, unter deren Schirmherrschaft das Projekt umgesetzt wurde, Genosse B., der für die technische Umsetzung des Projekts verantwortlich zeichnete,

und Manfred Scharinger, der praktisch das gesamte Material digitalisierte und die Homepage mit Leben erfüllte.

Wir wollen mit dem Archiv mehrere Ziele erreichen. Zuerst einmal geht es darum, die vielfach in keiner Bibliothek archivierten Dokumente vor dem Vergessen-Werden zu bewahren. Zum anderen soll damit eine Basis dafür geboten werden, dass sich möglichst viele Genoss*innen auf einfache Weise intensiver mit der reichhaltigen und facettenreichen Geschichte des österreichischen Trotzkismus beschäftigen können.

Schließlich bitten wir auch um Mithilfe, denn wir haben es schon gesagt: Wir wollen auch in Zukunft das Archiv weiter ausbauen und vervollständigen. Sollten Genoss*innen Zugang zu interessantem Material haben, das wir noch nicht publizieren konnten, bitten wir um Zusammenarbeit. Und natürlich sind wir daran interessiert, dass die Homepage auch in einem breiterem Umfang bekannt gemacht wird. Hier daher nochmals die Internet-Adresse:

<https://trotzkistisches-archiv-oesterreich.net/> ★



COP27: DIE LUFT WIRD ENG

AVENTINA HOLZER

Die COP27 Konferenz ist zu Ende gegangen. Das 27. Zusammentreffen von Staatsoberhäuptern und anderen wichtigen Personen kam mal wieder zu schlechten Ergebnissen was die Bekämpfung des Klimawandels betrifft. Die seit 1995 unter dem Namen COP (Conference of Parties) stattfindende Konferenz der Vereinten Nationen kann man mit einiger Berechtigung als „Greenwashing“-Projekt der imperialistischen Staaten kritisieren. Das ist nicht verwunderlich, wenn zum Beispiel in diesem Jahr Coca Cola, einer der umweltschädlichsten Konzerne weltweit, als Hauptsponsor der Konferenz auftrat. Zeitgleich waren mehr als 630 Öl- und Gas-Lobbyist*innen für die Konferenz akkreditiert - mehr als die Vertreter*innen der zehn der am stärksten von der Klimakrise betroffenen Länder zusammen. Was hat die Konferenz aber jetzt tatsächlich beschlossen? Was ist die Kritik der Klimaschützer*innen? Und was müsste eigentlich gefordert werden um die drohende Klimakatastrophe abzuschwächen?

Ein Ausgleichsfonds für Klimaschäden soll Ländern, die am stärksten unter der Klimakrise leiden, unterstützen, also viele sogenannte Entwicklungsländer oder Inselstaaten. Diese Länder, leiden nicht nur am stärksten an der Klimakrise sondern verursachen sie auch am wenigsten und haben aufgrund ihrer systematischen Unterentwicklung durch den globalen Imperialismus zu wenig Ressourcen um sich von Naturkatastrophen zu erholen. Man würde meinen, dass so ein

Fonds, der nun Reparationszahlungen vorsieht, ein politisch guter und wichtiger Schritt nach vorne ist. Tatsächlich ist es aber ein sehr schwammiges Versprechen, das noch wenig konkretisiert wurde (wer zahlt an wen und wie viel?). Das soll erst 2023 nachgeholt werden. Bereits seit der COP21 in Paris gibt es einen ähnlichen Fonds, der die Gelder von reicheren Ländern an ärmere beinhalten soll, um die Auswirkungen der Klimakrise abzufedern oder bei der Umstellung auf umweltfreundlichere Maßnahmen zu helfen. Seit 2020 sollten dafür jährlich 100 Milliarden US-Dollar bereit stehen, wovon ein Großteil weiterhin ausständig ist. Bis 2024 sollen weitere Verfahrensschritte beschlossen werden um dies alles wirksam zu machen.

Die COP verschiebt viel und ständig. In einer Frage, bei der uns buchstäblich die Zeit davon rennt. Es ist außerdem bezeichnend, dass ihr größter Erfolg nach einer zweiwöchigen Konferenz ein abstrakter Versuch ist die Schäden des Klimawandels auszugleichen anstatt ihn zu bekämpfen. Bei den Plänen der verschiedenen Staaten ihre Emissionen zu senken, ist die Konferenz nicht relevant weiter gekommen. Es gibt auch kein Versprechen von einem tatsächlichen Ausstieg aus fossiler Energie, bis auf Kohle, aus der schrittweise ausgestiegen werden soll. Von Öl und Gas ist in den Beschlussdokumenten keine Rede.

Kurz vor Beginn der COP27 veröffentlichte die Weltorganisation für Meteorologie einen vorläufigen Bericht. Dieser befand, dass die

globale Durchschnittstemperatur bereits 1,15 °C über vorindustriellem Niveau liege. In der Übereinkunft von Paris auf der COP21 war zumindest die Rede von Anstrengungen, um den Anstieg auf 1,5 °C zu begrenzen. Dieses Ziel erscheint nun äußerst unrealistisch, und mit den derzeitigen nationalen Plänen zu Emissionsminderung wird auch das 2 °C Ziel kaum zu erreichen sein. Dabei sollten die Erwärmung dringendst unter diesem Wert begrenzt werden, um gefährliche Kipp-Punkte zu vermeiden, bei denen das globale Klima nochmal deutlich weiter aufgeheizt werden würde.

Es gibt in der kapitalistischen Logik unserer Welt nicht die Möglichkeit schnell genug auf erneuerbare Energie, umweltfreundliche Produktion und nachhaltiges Leben umzusteigen. Das verbieten essenzielle Gesetze der kapitalistischen Entwicklung, wie Profitlogik und -maximierung oder Wettbewerb. Mann kann also längst nicht mehr darauf vertrauen, dass die Mächtigen der Welt das Problem der Klimakatastrophe in ihren Klimakonferenzen für uns lösen werden.

Wir müssen die Klimazerstörer*innen und das sie finanzierende Finanzkapital entschädigungslos und unter demokratische Kontrolle der in den Unternehmen Beschäftigten enteignen.

Nur auf diese Weise kann die drastische Umgestaltung unserer Produktionsweise auf ein nachhaltiges System Erfolg haben. ★

WER WIR SIND

Der Arbeiter*innenstandpunkt ist eine internationalistische, kommunistische Organisation. Unser Ziel ist die Schaffung einer klassenlosen Gesellschaft, in der es keine Ausbeutung und Unterdrückung mehr gibt. Diese Gesellschaft kann nicht durch stetige Reformen erreicht werden, sondern erfordert einen radikalen, revolutionären Bruch der Arbeiter und Arbeiterinnen mit den heutigen kapitalistischen Zuständen. Deshalb unterstützen wir alle Kämpfe, Aktionen und Forderungen, die die Interessen der arbeitenden Bevölkerung zum Ausdruck bringen und die Keimform einer größeren, zukünftigen Arbeiter*innenbewegung sind.

Der Sozialismus, für den wir kämpfen, kann nur international geschaffen werden. Wir haben daher nichts mit den Regimen des ehemals „real existierenden Sozialismus“ gemein. In diesen Staaten herrschte nicht das arbeitende Volk, sondern eine bürokratische Kaste, die das Proletariat unterdrückte und sich selbst bereicherte. Wir treten für eine Rätedemokratie ein, d.h. die demokratische Machtausübung der Arbeiterinnen und Arbeiter selbst durch direkte Wahl und Abwahl von Delegierten, auf die sich die Regierung, die Staatsgewalt und sämtliche Verwaltungsgremien stützen.

Als Arbeiter*innenstandpunkt sind wir in sozialen Bewegungen und

Klassenkämpfen aktiv und kämpfen dort für ein Programm im Sinne der gesamten Arbeiter*innenklasse. Unser Hauptanliegen ist es, die politischen und ökonomischen Teilkämpfe, z.B. am Arbeitsplatz, mit einer allgemein-politischen Perspektive zu verbinden, die über das Bestehende hinausweist und der Arbeiter*innenklasse zur Einsicht in ihr gesamtgesellschaftliches Klasseninteresse verhilft.

Der Kapitalismus fordert tagtäglich unzählige Opfer und zerstört Menschenleben – durch Hunger, Krieg und Unterdrückung. Kämpfe mit uns für den Aufbau einer neuen Partei der sozialistischen Revolution.

Spenden an „Gruppe Arbeiterstandpunkt“ | IBAN AT64 2011 1844 4414 4800 | BIC GIBAAATWXXX

WEITERE PUBLIKATIONEN:

zu bestellen unter:
info@arbeiterinnenstandpunkt.net

Impressum:

Eigentümer, Herausgeber, Verleger, Druck, Redaktion: „Gruppe Arbeiterstandpunkt“ (ASt), Stiftg. 8, 1070 Wien. Konto: 237-112-957/00 BLZ 12000 Bank Austria. Offenlegungspflicht nach §25-Mediengesetz Medieninhaber (Verleger) des periodischen Druckwerks „Arbeiter*innenstandpunkt“ ist zu 100% die Partei „Gruppe Arbeiterstandpunkt“ (ASt), Stiftg. 8 1070 Wien. Die Partei ist von anderen Parteien und Vereinen politisch und finanziell unabhängig. Grundlegende Richtung des Druckmediums: Auseinandersetzung mit historischen und aktuellen Fragen der Politik der Arbeiter*innenbewegung.



Broschüre zur „Aufbruch“-Kampagne: Lehren für linke Organisation

Eine Sammlung unserer Debattenbeiträge, Artikel und Flugblätter aus der Zeit als wir uns an der

„Aufbruch“-Kampagne beteiligten.

2020 - 36 Seiten A5 - 2,50 Euro



Revolutionärer Marxismus 54: Umweltkrise: Eine Krise des Kapitalismus

Der Kapitalismus sprengt die ökologischen Grenzen unseres Planets. Diese Krise kann nicht unabhängig von der zugrunde liegenden Produktionsweise getrennt werden. Mit Kritiken der Strömungen der Umweltbewegung.

2021 - 230 Seiten A5 - 10 Euro

www.arbeiterinnenstandpunkt.net